

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses (IGUA/X-
002/2016)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 14.09.2016, 15:05 Uhr bis 16:50 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Aktuelle Themen bei der HEAG mobilo GmbH
2.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
2.1.	Haushaltskonsolidierung Gesundheitsamt Vorlage: 0116-2016/DaDi
2.1.1.	Bericht Haushaltskonsolidierung Gesundheitsamt Vorlage: 0138-2016/DaDi
2.2.	Förderung des Aufbaus und versuchsweisen Betriebs einer frei zugänglichen, kommunalen, öffentlichen WLAN-Infrastruktur Vorlage: 0310-2016/DaDi
2.3.	Essensversorgung - Antrag CDU Vorlage: 0344-2016/DaDi
3.	Kenntnisnahmen
3.1.	Informationsforum zum Abbau des KKW Biblis Wahl eines Mitglieds Wahl eines stv. Mitglieds Vorlage: 0076-2016/DaDi
3.2.	Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen Vorlage: 0155-2016/DaDi
3.3.	K 138/K 137 grundhafte Erneuerung der Fahrbahn zwischen Frankenhausen und Modau Vorlage: 0165-2016/DaDi

3.4.	Integrierte Wärmenutzung im Landkreis Darmstadt-Dieburg am Beispiel der Kommunen Münster und Groß-Umstadt Vorlage: 0164-2016/DaDi
3.5.	Aktualisierung der Leitlinien zum nachhaltigen Bauen Vorlage: 0181-2016/DaDi
3.6.	Resolution der Stadt Griesheim "Neubau der Carlo-Mierendorff-Schule jetzt!" Vorlage: 0240-2016/DaDi
3.7.	Qualitätssicherung der Radwegweisung - Radverkehrskonzept Vorlage: 0326-2016/DaDi
4.	Schulbauprojekte
5.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
5.1.	Benennung eines/r Strahlenschutzverantwortlichen für den Eigenbetrieb der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0152-2016/DaDi
5.2.	Vierteljahresbericht für das 4. Quartal 2015 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0238-2016/DaDi
5.3.	Vierteljahresbericht des I. Quartals 2016 des Eigenbetriebes Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 0242-2016/DaDi
6.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Dr. Mathias Göbel	
Herr Axel Goldbach	
Frau Margrit Herbst	
Frau Gudrun Kirchhöfer	
Herr Matti Merker	Vertreter für Abg. Laub, Clemes bis TOP 4 (16:10 Uhr)
Fraktion der CDU	
Herr Boris Freund	
Frau Marita Keil	Vertreterin für Abg. Handschuh, Heiko
Frau Gabriele Pauker-Buß	
Herr Maximilian Schimmel	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Fraktionsvorsitzende Marianne Streicher-Eickhoff	
Herr Dr. Walter Sydow	
Fraktion der AfD	
Herr Heinz Pullmann	
Herr Ulf Seiler	
Fraktion der FDP	
Herr Horst Schultze	
Fraktion der FW-PP	
Herr Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Prochaska	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Martin Deistler	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreistagspräsidium	
Herr Siegfried Sudra	
Frau Bärbel van Dijk	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Erster Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	bis TOP 5 (16:20 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Herr Kreisbeigeordneter Thomas Lindgren	
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	bis TOP 5 (16:14 Uhr)
beratende Mitglieder	
Herr Harald Kuiken	Kreisausländerbeirat
Verwaltung	
Herr Christoph Dahmen	
Frau Johanna Fiskal	
Herr Holger Gehbauer	
Frau Christine Girschick	

Anwesende	
Herr Rainer Leiß	
Frau Pelin Meyer	
Herr Jens Rothermel	
Frau Annika Schmid	
Frau Cornelia Schuster	
Frau Ute von Massow	
Frau Nicole Wamser	
Gäste	
Herr Michael Dirmeier	zu TOP 1
Herr Matthias Kalbfuss	zu TOP 1

Abwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Clemens Laub	
Fraktion der CDU	
Herr Heiko Handschuh	

Vorsitzende Streicher-Eickhoff stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Streicher-Eickhoff** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Änderungswünsche dazu werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 1. Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Johanna Fiskal.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelle Themen bei der HEAG mobilo GmbH**

Beschluss:

Herr Kalbfuß und **Herr Diermeier** berichten über aktuelle Themen der HEAG mobilo GmbH. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Fragen werden beantwortet.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 0116-2016/DaDi

Aktenzeichen: 520-003

Betreff: **Haushaltskonsolidierung Gesundheitsamt**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die umfänglichen Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung des Zweckverbandes Gesundheitsamt zur Kenntnis.

Folgende freiwillige Leistungen werden in Abstimmung mit der Stadt Darmstadt durch den Zweckverband weiterhin erbracht:

- KISS (Projekt Kindersprachscreening)
- Untersuchung der 4. Schulklassen
- Ernährungsberatung
- Sprachheilberatung
- Kinder- und Jugendpsychiatrische Sprechstunde
- AIDS-Infomobil

In Bezug auf die Wiederbesetzung eines AIDS-Arztes/-Ärztin wird geprüft, ob eine Zusammenarbeit mit der AIDS-Hilfe Darmstadt und/oder den Kliniken möglich und zweckdienlich ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.1.1.

Vorlage-Nr.: 0138-2016/DaDi

Aktenzeichen: 520-003

Betreff: **Bericht Haushaltskonsolidierung Gesundheitsamt**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt zur Kenntnis:

Im Haushaltskonsolidierungskonzept wurde in Bezug auf die Haushaltskonsolidierung im Zweckverband Gesundheitsamt durch den Kreistag beschlossen auf eine Aufgabenreduzierung auf das gesetzliche Mindestmaß hinzuwirken (2378-2014/DaDi). Dazu folgende Aussagen, Umsetzungen und ein Ausblick:

Die einzelnen Aufgabengebiete werden überprüft und Personal wurde von weniger arbeitsintensiven Bereichen in sehr arbeitsintensive Bereiche verlagert. Außerdem wurden die Aufgabenzuschnitte einzelner Beschäftigter dahingehend verändert, dass zusätzliche Aufgaben erledigt werden konnten.

Die Neuordnung des Amtsärztlichen Dienstes führte zu einer verbesserten Vertretungssituation und somit zu einem effektiveren Arbeitsablauf.

Bereits im Juni 2008 war bekannt, dass bis zum Jahr 2013 insgesamt 17 Beschäftigte ausscheiden werden. Auch hierfür wurden jeweils verschiedene Szenarien und Wiederbesetzungspläne entwickelt. Insbesondere im Jahr 2012 kam es zu sehr umfangreichen Personalverschiebungen aufgrund der Auflösung verschiedener Teams und dem Beginn der Freizeitphase der Altersteilzeit von insgesamt 6 Beschäftigten. Hierüber wurde in den Vorstandssitzungen mehrfach berichtet.

In den Jahren 2009 bis 2011 ging eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Gutachtenaufträgen im Gesundheitsamt Darmstadt ein (vor allem SGB II), die durch die Beschäftigung von Ärzten auf Honorarbasis erledigt werden konnten. Auch hier wurde mit Weitblick keine Neueinstellung gefordert, sondern eine Abarbeitung durch Honorarärzte erzielt, was wesentlich kostengünstiger war.

Außerdem konnten durch Konsolidierungsmaßnahmen zum Großteil auf Dauer erhebliche Einsparungen erzielt werden, die sich allein in den Jahren 2013 bis 2017 auf rund 1 Million Euro belaufen.

Durch den Verzicht auf die Reiseimpfberatung und der Abgabe der zweiten Leichenschau, konnte eine Erhöhung der Untersuchungen im Amtsärztlichen Dienst erreicht werden. Dadurch wurde es auch wieder möglich sämtliche amtsärztliche Untersuchungen ausschließlich durch das eigene Personal durchführen zu lassen, so dass dadurch die Ausgaben für die Honorarärzte wieder eingespart werden konnten.

Bei Stellenwiederbesetzungen wird unabhängig von der Wiederbesetzungssperre geprüft in wie weit der Einstellungstermin nach hinten geschoben werden kann, z. B. dass Einstellungen im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst auf einen Termin nach den Ferien verschoben werden.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass der Verwaltungsverband im Vergleich mit den anderen hessischen Gesundheitsämtern stets sehr gut abgeschnitten hat.

Prüfungen durch das Regierungspräsidium Darmstadt:

Auch die vom Regierungspräsidium Darmstadt mehrfach vorgenommenen Vergleiche zeigen, dass der Verwaltungsverband als Gesundheitsamt mit dem zweitgrößten Bevölkerungsanteil prozentual die niedrigste Stellenausstattung und gleichzeitig, mit die höchste Anzahl an Untersuchungen erzielt. Auch hinsichtlich der Qualität verfügt der Verwaltungsverband mit über die höchsten Standards.

Nachstehend sind die Aufgaben gelistet, die personalneutral hinzugekommen sind, welche Personalmaßnahmen ergriffen wurden und welche freiwilligen Leistungen noch vorhanden sind.

Neue Aufgaben:

Verwaltung

- Übernahme der monatlichen Personalabrechnungen (Dekreturen) seit 2002
- Durchführung der Soll-Buchungen
- Erstellung von Quartalsberichten für das Beteiligungsmanagement der Stadt Dst.
- Erstellung von Quartalsberichten für das Hessische Statistische Landesamt
- Erstellung von Beteiligungsberichten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg
- Erstellung von Jahresberichten für das Beteiligungsmanagement der Stadt Dst.
- Erstellung von Jahresberichten für das Hessische Statistische Landesamt
- Teilnahme am Beteiligungskodex und dadurch jährliche Erstellung der Entsprechenserklärung für das Beteiligungsmanagement der Stadt Dst.
- Tägliche Erstellung der Krank- und Rückmeldungen der Bediensteten und Meldung an das Personalamt der Stadt Dst.
- Erstellung der Eröffnungsbilanz 2008 und Erstellung der Jahresabschlüsse ab 2009
- Prüfung durch externe Stellen, wie z. B. Finanzamt, Deutsche Rentenversicherung, Hessischem Datenschutzbeauftragten und Krankenkassen

Umweltabteilung

Einführung der Trinkwasserverordnung in 2001

Novellierung der Trinkwasserverordnung (Ausweitung des Überprüfungsumfanges der privaten Wasseranbieter / allein in Darmstadt ca. 15.000 zu beprobende Mietgebäude) in 2011

Kinder- und Jugendärztlicher Dienst

Einführung des neuen Untersuchungsverfahrens S-ENS

Weggefallene Aufgaben:

Sportmedizin

Wegfall der sportmedizinischen Kaderuntersuchungen für den Leistungssport

Amtsärztlicher Dienst

Wegfall der Reiseimpfberatung (freiwillige Leistung)

Personalveränderungen:

Zahnärztlicher Dienst

Umsetzung eines Zahnarztes weg von den Schuluntersuchungen → hin zu den Begehungen von Zahnarztpraxen in 2007. Dadurch werden Gebühreneinnahmen erzielt in Höhe von jährlich rund 11.000,-- €.

Zugänge Personal:

Verwaltung

Einstellung eines DV-Administrators ab 01.10.2012 in EG 9

Umweltabteilung

Einstellung eines zweiten Sanitärfachmannes in 2011
Einstellung einer Dokumentationsassistentin in 2013
MRE-Netzwerk halbe Stelle (fremdfinanziert)

Kinder- und Jugendärztlicher Dienst

Einstellung eines Schularztes ab 01.09.2015 (50 % in EG 14)

Abgänge Personal:

Kinder- und Jugendärztlicher Dienst

Wegfall eines Schularztteams in 2012 (1 x 50 % in EG 14, 1 x 50 % in EG 6 und 1 x 50 % in EG 5)

Sportmedizin

Wegfall des Untersuchungsteams in 2012 (1 x 50 % in EG 14, und 1 x 50 % in EG 6) bei Erhalt von Untersuchungen zu Schulsportbefreiungen

Zahnärztlicher Dienst

Wegfall eines Zahnarztes in 2013 (50 % in EG 14)
Wegfall einer Zahnarzhelferin in 2013 (25 % in EG 6)

Tbc-Abteilung

Wegfall einer Bearbeiterstelle in 2013 (50 % in EG 6)
Abstufung einer Bearbeiterstelle (50 % von EG 6 auf EG 5)

Freiwillige Leistungen:

Derzeit werden vom Gesundheitsamt Darmstadt noch folgende freiwillige Leistungen erbracht.

KISS

Das vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration initiierte Projekt „Kindersprachscreening KISS“ ist eine freiwillige Leistung, die zwar durch das HMSI mit 15,-- € pro Kind welches am Screening teilgenommen hat, vergütet wird. Aktuell überwiegen jedoch die Ausgaben noch bei Weitem die Einnahmen:

Einnahmen 2014:	3.360,-- €	Einnahmen 2015:	3.570,-- €
Ausgaben 2014:	13.114,-- €	Ausgaben 2015:	15.939,-- €

Die Personalkosten für die Mitarbeit von Beschäftigten des Gesundheitsamtes sind hierbei noch nicht mit eingerechnet.

Allerdings gilt es hier zu bedenken, dass das KISS-Zertifikat für die Kita's notwendig ist, um Mittel für weitere Projekte vom Land Hessen zu erhalten, so das zukünftig eher mit zu rechnen ist, dass mehr Kita's an dem Projekt „KISS“ teilnehmen.

Untersuchung der 4. Schulklassen

Die Untersuchungen in den 4. Schulklassen sind zwar ebenfalls freiwillig, jedoch werden diese maximal in der Zeit von nach den Sommerferien bis zum Beginn der Herbstferien durchgeführt, da in diesem Zeitraum aufgrund der mangelnden Reife der Einschulungskinder eine Einschulungsuntersuchung noch nicht zielführend ist. Außerdem ist diese Untersuchung sinnvoll, da bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche U-Untersuchungen abgeschlossen sind und die J-Untersuchungen erst ein paar Jahre später angeboten werden und somit dieses wichtige Entwicklungsalter untersuchungsmäßig unkontrolliert bleibt. Daher sollte diese freiwillige Leistung beibehalten werden.

Ernährungsberatung

Die Ernährungsberatung ist ein freiwilliges Angebot an die Bevölkerung und wird auch gerne bei den Einschulungsuntersuchungen den Eltern empfohlen, deren Kinder entsprechend auffällig sind. Die Kosten belaufen sich jährlich auf ca. 2.000,-- €.

Sprachheilberatung

Losgelöst von dem Projekt „KISS“ wird seit vielen Jahren eine Sprachheilberatung angeboten, die früher einmal wöchentlich abwechselnd im Gesundheitsamt in Darmstadt und in der Außenstelle in Dieburg abgehalten wurden. Im Laufe der Zeit wurde dieser Service immer weniger in Anspruch genommen, so dass das Angebot auf Initiative des Sprachheilbeauftragten in die Kita's verlagert wurde und dort gut angenommen wird. Allerdings wird diese Leistung aktuell auch im Hinblick auf das Projekt „KISS“ überprüft. Die Kosten für diese Sprachheilberatung betragen im Haushaltsjahr 2013 = 4.600,-- €, im Haushaltsjahr 2014 = 4.900,-- € und im Haushaltsjahr 2015 = 5.500,-- €.

Kinder- und Jugendpsychiatrische Sprechstunde

Bei der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Sprechstunde handelt es sich um eine niederschwellige Leistung, die der Bevölkerung angeboten und ebenfalls Eltern empfohlen wird, deren Kinder entsprechende Auffälligkeiten zeigen. Die Kosten hierfür betragen im Haushaltsjahr 2013 = 3.346,- € und im Haushaltsjahr 2014 = 2.676,80 €. Die Beibehaltung dieser Leistung wird empfohlen.

AIDS-Arzt

In 1987 wurde von der Bundesregierung ein Sofortprogramm zur Bekämpfung von AIDS ins Leben gerufen, welches in der Zeit vom 01.07.1987 bis zum 30.06.1991 auch aus Bundesmitteln finanziert wurde. Nach der Beendigung der Finanzierung durch die Bundesregierung hat der Vorstand des Verwaltungsverbandes in seiner Sitzung am 21.03.1991 beschlossen, dass die Finanzierung der AIDS-Fachkraft durch die beiden Gewährsträger, je zur Hälfte fortgeführt wird. In 2014 bezahlte der Landkreis 48.000,- €.

Hier soll nun geprüft werden ob und ggf. in welchem Umfang eine Zusammenarbeit mit der AIDS-Hilfe Darmstadt möglich und auch zweckdienlich ist.

AIDS-Infomobil

Mit diesem Projekt sind zurzeit 2 Studenten für Soziale Arbeit betraut. Die jährlichen Kosten für dieses Projekt betragen in 2014 insgesamt 5.110,- € und in 2015 = 5.713,- €.

Resümee und Ausblick:

In den vergangenen Jahren wurden mehrfach Gebührenerhöhungen vorgenommen, die dazu beitrugen die Gebühreneinnahmen relativ konstant zu halten bzw. von 491.000,- € in 2012 auf 660.000,- € in 2015 zu steigern. Letztlich muss jedoch erkannt werden, dass die Gebührenerhöhungen nicht annähernd die Tarifsteigerungen und die Preissteigerungen der Wirtschaft abdecken können, so dass zwangsläufig keine nachhaltige Umlagereduzierung erzielt werden kann.

Der Verwaltungsverband hat wie vorstehend erkennbar über viele Jahre hinweg die wenigen freiwilligen Leistungen abgebaut aber dafür erheblich mehr neue Pflichtaufgaben hinzubekommen. Hierbei konnten aufgrund von Umstrukturierungen und weitsichtigen Planungen sogar noch Stellen abgebaut und die Gesamtumlage innerhalb der letzten 17 Jahre relativ konstant gehalten werden.

Die Umlage unterlag zwar Schwankungen ist jedoch über mehrere Jahre hinweg unverändert geblieben.

Der Tiefstwert der Umlagezahlung in 2007 wurde von dem ehemaligen Geschäftsführer nur deshalb erzielt, weil er die bis dahin aufgelaufenen Rücklagen der Vorjahre in 2007 restlos aufbrauchte.

Außerdem konnten in den Jahren 2013 bis 2014 die maroden sanitären Anlagen und Leitungen im Verwaltungsgebäude des Gesundheitsamtes Darmstadt mit Kosten von rund 500.000,- €, finanziert werden.

Die Umlage der Gewährsträger liegt in 2016 lediglich um 12,8 % höher, als in 1998, obwohl die Entgelte der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 33,3 % und die Gehälter der Beamten von 2002 bis jetzt um 23,1 % gestiegen sind.

Außerdem wurden in den letzten Jahren trotz wiederholter Aufhebung der Wiederbesetzungssperre, die zu besetzenden Stellen um mehr als 30 Monate später besetzt.

Aufgrund all der vorstehend genannten Konsolidierungsmaßnahmen hat der Verwaltungsverband in den letzten Jahren seine Pflicht an Einsparungen mehr als erfüllt.

Jedoch ungeachtet der bereits durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen wird der Verwaltungsverband auch in Zukunft stets die Verwaltungsabläufe überprüfen und Einsparpotenziale ausloten und auch ausschöpfen.

So ist zum Beispiel geplant, dass mit dem Beginn der Freistellungsphase der Altersteilzeit der Leiterin der Tbc-Abteilung, die Röntgenanlage stillgelegt und folgende Umstrukturierungen vorgenommen werden:

Für die Dauer der Freistellungsphase der Altersteilzeit wird die Stelle auf 50 % reduziert.

Mit dem Eintritt in den Ruhestand soll die Stelle wieder in Vollzeit besetzt werden und dafür sollen die Begehungen der Krankenhäuser intensiviert werden, was wiederum zu einer Erhöhung der Gebühreneinnahmen beitragen wird.

Aufgrund der Stilllegung der Röntgenanlage soll auch die Vollzeitstelle der MTA mit dem Ausscheiden der Stelleninhaberin voraussichtlich ab dem 01.07.2018 auf 50 % reduziert und von EG 8 auf EG 5 TVöD abgesenkt werden.

Auch das Gesundheitsamt wurde durch die hohe Anzahl von Flüchtlingen zusätzlich belastet. Exemplarisch sei hier genannt die Organisation und Durchführung der medizinischen Versorgung in den Notunterkünften, eine Mehrzahl an Gutachten für medizinische Behandlungen für Asylbewerber.

Für die Untersuchungen von schulpflichtigen Kindern – so wohl Schulanfänger, als auch Quereinsteiger – musste der Vorstand des Gesundheitsamtes die befristete Einstellung eines Schulärztlichen Teams beschließen.

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 0310-2016/DaDi

Aktenzeichen: 099-003

Betreff: **Förderung des Aufbaus und versuchsweisen Betriebs einer frei zugänglichen, kommunalen, öffentlichen WLAN-Infrastruktur**Beschluss: **ungeändert beschlossen****Landrat Schellhaas** gibt weitere Erläuterungen.**Beschlussvorschlag:**

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg fördert auf Antrag der Städte und Gemeinden die versuchsweise Errichtung eines frei zugänglichen, für die Nutzenden kostenfreien WLAN-Netzes unter folgenden Bedingungen mit einem Einmalbetrag von 1.500 EUR je Stadt bzw. Gemeinde:

1. Die Stadt oder Gemeinde errichtet selbst oder durch beauftragte Dritte an mindestens zwei räumlich getrennten, von der Kommune ausgewählten, öffentlich zugänglichen Stellen ein registrierungsfreies, für den Nutzer kostenloses WLAN-Netz mit der Bezeichnung „WLAN-LaDaDi“ und bietet dieses für mindestens 24 Monate an.
2. Der Antrag unter Benennung von mindestens zwei Standorten ist mit einer kurzen Darstellung der am jeweiligen Standort zu erreichenden Zielsetzung (Zielgruppe, Bedarf) form- und fristlos bis zum 31.03.2017 möglich. Die Prüfung und Zusage erfolgt unverzüglich nach Antragseingang.
3. Die Errichtung und Inbetriebnahme hat binnen drei Monaten nach Förderzusage zu erfolgen und ist durch die Stadt oder Gemeinde dem Kreisausschuss anzuzeigen.
4. Bereits in Umsetzung befindliche oder umgesetzte Projekte der Stadt oder Gemeinde sind nicht förderfähig.
5. Die Nutzung ist im rechtlich zulässigen Rahmen zu dokumentieren (z. B. Zahl der Nutzenden und Nutzungszeiten, übertragene Datenvolumina, ...).
6. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Positionen der WLAN-Netze auf seiner Internetseite zu dokumentieren und das Projekt mit einer Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 34.500 Euro werden gemäß § 100 HGO auf dem Produkt 010105 unter der Maßnahme "Zuweisung zum Aufbau eines WLAN-Netzes" außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen auf dem Produkt 080101 und der Maßnahme "Zuschüsse für Vereinssportanlagen" (HAR).

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.05.01

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2015	2016	2017
Sachkonto: 8050502	0,00 EUR	34.500,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2015	2016	2017
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

**Detailergebnis,
wenn zutreffend**

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input checked="" type="checkbox"/> 1
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 0344-2016/DaDi

Aktenzeichen: 490-001

Betreff: **Essensversorgung - Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Landrat Schellhaas und **Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann** geben weitere Erläuterungen.

Abg. Freund (CDU) bittet aufgrund von fraktionsinternem Beratungsbedarf keine Beschlussempfehlung herbeizuführen. **Vorsitzende Streicher-Eickhoff** stellt hierzu das Einvernehmen des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses fest.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt ein Konzept zur Einführung einer zentralen Essensversorgung der Schulen, Krankenhäuser und Kreishäuser durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg durch eine eigene Organisationsform (Eigenbetrieb, GmbH) binnen Jahresfrist zu prüfen.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 0076-2016/DaDi

Aktenzeichen: 690-001

Betreff: **Informationsforum zum Abbau des KKW Biblis
Wahl eines Mitglieds
Wahl eines stv. Mitglieds**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wählt zur Bildung oder Ergänzung des im Betreff genannten Organs:

- 1 Mitglied
- 1 stv. Mitglied

Vorschlagsberechtigung:

- Kreisausschuss

Voraussetzungen:

- passives Wahlrecht

Dauer der Wahlzeit:

- bis zum 31.03.2021

Rechtsgrundlage:

- Beschluss des Hessischen Landtages vom 02.04.2014

Wahlvorschläge:

	Mitglied	stv. Mitglied
1.	Hofmann, Doris	Hesser, Marco

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 0155-2016/DaDi

Aktenzeichen: 712-003

Betreff: **Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Im Rahmen der bestehenden „Vereinbarung zur Übertragung von Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen des Landkreises Darmstadt-Dieburg auf das Land Hessen“ werden nach Angaben von Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement für das Jahr 2016 voraussichtlich Kosten in Höhe von 325.000 € für anfallenden Direktaufwand entstehen. Der vorgelegten Aufstellung (siehe Anlage) wird zugestimmt.

Die Mittel von 325.000 € stehen im Haushaltsplan 2016 auf dem Produkt 1.12.01.01 unter der KOG 61 zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.12.01.01
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2015	2016	2017
Sachkonto: 6165000	0,00 EUR	325.000,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2015	2016	2017
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 0165-2016/DaDi

Aktenzeichen: 712-002

Betreff: **K 138/K 137 grundlegende Erneuerung der Fahrbahn zwischen Frankenhausen und Modau**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet:

Es wird Bezug auf den Beschluss des Kreisausschusses vom 1. März 2016 (Vorlagen-Nr. 3371-2016/DaDi) genommen.

Damit wurde der **Beauftragung von Hessen Mobil** zur Durchführung der Maßnahme zugestimmt. Der Auftrag sieht eine teilweise Erbringung von Leistungen durch ein Ingenieurbüro vor. Die hierfür in der Beschlussfassung angesetzten Kosten von rund 70.000 € wurden in dem von Hessen Mobil durchgeführten Vergabeverfahren deutlich unterschritten.

Aus dem Vergabeverfahren ist das Büro Ohlsen GmbH aus Grünberg als günstigster Bieter mit einem Angebotspreis von 40.863,98 € hervorgegangen und hat den Auftrag erhalten.

Des Weiteren wurde ergänzend vom Kreisausschuss beschlossen, eine **Stellungnahme zur Umsetzbarkeit eines Radfahrstreifens** einzuholen.

Diese Stellungnahme des Büros VAR liegt vor und wird in Anlage zur Kenntnis gegeben.

Darin wird das Radverkehrspotenzial für diese Strecke als gering bis mittel angesehen. Ein getrennter Rad- und Gehweg sei aufgrund der geringen Verkehrsmengen nicht erforderlich. Die Anlage eines Radfahrstreifens scheidet aufgrund der fehlenden Breite der Straße aus.

Es wird darin angeregt zu prüfen, ob bei Aufbringung der Markierung die Vorgaben der neuen Richtlinie für Anlagen auf Landstraßen (RAL 2012) angewendet werden können. Hierbei wird auf die Markierung einer Mittellinie verzichtet und unter Beibehaltung einer Kernfahrbahnbreite von 5 m breitere Seitenstreifen abmarkiert (s. Abbildungen).

Auf Nachfrage teilt Hessen Mobil hierzu nach Prüfung unter Einbeziehung einer Stellungnahme der Polizei folgendes mit:

Die RAL 2012 sieht die EKL 4 für Straßen mit geringer Verkehrsnachfrage und wenig Begegnungsfällen vor, die ohne Mittelstreifen markiert werden und lediglich 2 Randbegrenzungen erhalten. Die Kreisstraßen 137 und 138 dienen als Bedarfsumleitung für den Fall, dass der Lohbergtunnel und damit die B 426 gesperrt wird. Während dieser Situation steigt die Verkehrsbelastung von knapp 4000 Fz./24h erheblich an, so dass nicht mehr von einem typischen Verkehrsaufkommen einer Kreisstraße gesprochen werden kann.

Da die Strecke weiterhin über eine Steigung bzw. ein Gefälle verfügt, kombiniert mit der abschnittswisen Hanglage, sind die Kurven zum Teil nicht einsehbar. Durch die Markierung der EKL 4 orientieren sich zwei entgegenkommende Fahrzeuge jeweils an der Randbegrenzung, so dass beide sich mehr mittig aufhalten würden als es aktuell der Stand wäre. In einem Begegnungsfall, der bei der Sperrung des Lohbergtunnels regelmäßig stattfindet, bestünde daher erhöhtes Risiko einer Frontalkollision.

Daher sieht sowohl Hessen Mobil als auch die Polizei aufgrund der Verkehrssicherheit und Charakteristik der Strecke, von der Umsetzbarkeit der Markierung gemäß ELK 4 der RAL 2012 auf den Kreisstraßen K137 und K138 ab.

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 0164-2016/DaDi

Aktenzeichen: 660-001

Betreff: **Integrierte Wärmenutzung im Landkreis Darmstadt-Dieburg am Beispiel der Kommunen Münster und Groß-Umstadt**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt zur Kenntnis:

Im Jahr 2015 wurde ein Klimaschutzteilkonzept "Integrierte Wärmenutzung im Landkreis Darmstadt-Dieburg am Beispiel der Kommunen Münster und Groß-Umstadt" erarbeitet. Das finale Klimaschutzteilkonzept bzw. der Endbericht wird in Anlage zur Kenntnis gegeben.

Das Klimaschutzteilkonzept betrachtet beispielhaft die Wärmeversorgung in zwei Modellkommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Grundlage des Konzepts ist eine Energie- und CO2-Bilanz sowie eine Potenzialanalyse zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien. Auf Basis von Szenarien mit dem Zeithorizont 2030 werden Ziele und Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der Wärmeversorgung formuliert. Kernstück ist ein handlungsorientierter Maßnahmenkatalog, der den Kommunen verschiedene Handlungsoptionen zur Erreichung der Ziele bereitstellt.

Als Modellkommunen wurden die Kommunen Münster und Groß-Umstadt ausgewählt. Beide Kommunen stehen beispielhaft für die übrigen Kommunen im Landkreis. Sowohl im Hinblick auf die strukturellen Voraussetzungen als auch auf die bisherigen Aktivitäten im Bereich Energie und Klimaschutz bilden sie eine Bandbreite, in der sich die anderen Kommunen des Kreises wiederfinden und einordnen können. Dadurch ist gewährleistet, dass die Ergebnisse des vorliegenden Konzepts auch auf andere Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg übertragbar sind.

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 0181-2016/DaDi

Aktenzeichen: 219-002

Betreff: **Aktualisierung der Leitlinien zum nachhaltigen Bauen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Aktualisierung der Leitlinien zum nachhaltigen Bauen wird zugestimmt.

Anlage:

Leitlinien zum nachhaltigen Bauen Stand 2016

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.: 0240-2016/DaDi

Aktenzeichen: 221-001

Betreff: **Resolution der Stadt Griesheim "Neubau der Carlo-Mierendorff-Schule jetzt!"**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann gibt weitere Erläuterungen.

Landrat Schellhaas gibt die als Anlage beigefügte Resolution „Neubau der Carlo-Mierendorff-Schule jetzt!“ der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Griesheim vom 19.05.2016 zur Kenntnis.

Anlage:

- Schreiben der Stadt Griesheim

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.: 0326-2016/DaDi

Aktenzeichen: 0326-2016

Betreff: **Qualitätssicherung der Radwegweisung - Radverkehrskonzept**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Girschick gibt weitere Erläuterungen.

Landrat Schellhaas berichtet:

Im Jahr 2015 wurde durch das Planungsbüro VAR, Darmstadt, im Auftrag des Landkreises (s. KA-Beschluss vom 7. Oktober 2014, Vorlagennummer 2169-2014/DaDi) eine Qualitätssicherung der Radwegweisung vorgenommen. Der zusammenfassende Bericht des Büros VAR wird in Anlage zur Kenntnis gegeben. Die Dokumentation der erhobenen Mängel wurde an die 23 Kommunen weitergeleitet und soll diese bei der Instandhaltung der Wegweisung unterstützen.

Am 22. März 2016 wurde im Kreishaus Darmstadt eine Informationsveranstaltung für die Kommunen durchgeführt, bei der die Methodik der Datenerhebung vorgestellt und Fragen sowie Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise besprochen wurden. Die Präsentation zur Veranstaltung wird in Anlage zur Kenntnis gegeben.

Zur Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Darmstadt-Dieburg läuft derzeit das Vergabeverfahren. Eine Auftragsvergabe ist für Herbst 2016 vorgesehen.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulbauprojekte**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann informiert über den aktuellen Stand der Schulbauprojekte:

- Einweihung Hessenwaldschule in Weiterstadt am 15.09.2016
- Einweihung 2. und 3. Bauabschnitt an der Gerhart-Hauptmann-Schule am 21.09.2016
- Richtfest Albrecht-Dürer-Schule in Weiterstadt im Oktober

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann informiert über den geplanten Grundstückstausch in Roßdorf/Gundernhausen und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann teilt darüber hinaus mit, dass das Staatliche Schulamt mitgeteilt hat, dass der Schulversuch der Abendrealschule an der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg zum 31.07.2017 befristet ist und keine Übernahme in den Regelbetrieb beabsichtigt ist.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Meyer und **Herr Dahmen** geben einen aktuellen Sachstandsbericht zu den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Fragen werden beantwortet.

Beschluss zu TOP 5.1.

Vorlage-Nr.: 0152-2016/DaDi

Aktenzeichen: 519-003

Betreff: **Benennung eines/r Strahlenschutzverantwortlichen für den Eigenbetrieb der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Als Strahlenschutzverantwortliche im Sinne des § 31 Abs. 1 Satz 3 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) wird ab 1. Juli 2016 **Frau Pelin Meyer**, Betriebsleiterin der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg, benannt.

Die Strahlenschutzverantwortliche darf im Rahmen ihrer Funktion Strahlenschutzbeauftragte für den Eigenbetrieb Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg schriftlich bestellen. Die Bestellungen der Strahlenschutzbeauftragten werden der Betriebskommission zur Kenntnis gegeben.

Beschluss zu TOP 5.2.

Vorlage-Nr.: 0238-2016/DaDi

Aktenzeichen: 031-008

Betreff: **Vierteljahresbericht für das 4. Quartal 2015 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt

den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das 4. Quartal 2015 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögensplanes zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 5.3.

Vorlage-Nr.: 0242-2016/DaDi

Aktenzeichen:

Betreff: **Vierteljahresbericht des I. Quartals 2016 des Eigenbetriebes Kreiskliniken
Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt weitere Erläuterungen.

Beschluss:

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt

den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das I. Quartal 2016 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögensplanes zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Auf die Nachfragen des **Abg. Freund (CDU)** berichtet **Landrat Schellhaas** zum Ausbau der Albinstraße in Zusammenhang mit der Sanierung des Kreishauses Dieburg.

Er weist auf mehrere Gespräche, Vor-Ort-Termine und Schreiben zur Abstimmung des Verfahrens mit der Stadt Dieburg hin. So fanden am 22.09.2015, 11.11.2015, 20.06.2016 und 21.06.2016 Abstimmungstermine statt, bei denen teilweise auch **Bgm. Dr. Thomas** anwesend war.

Der Endausbau der Albinstraße wurde durch die zwischenzeitlich erfolgte Änderung der Schulbezirke insofern beeinflusst, als dass seitens der Stadt Dieburg zusätzlich die Schaffung eines sicheren Übergangs für die Schülerinnen und Schüler in Richtung Westen zur Gutenbergschule in die Planung eingebracht wurde. **Landrat Schellhaas** erklärt, dass es sich zusammenfassend um eine mit dem Magistrat der Stadt Dieburg abgestimmte Lösung handelt.

In Bezug auf das Leitsystem für sehbehinderte Menschen informiert er, dass hierbei das Leitsystem eingebaut wurde, das auf dem Gelände des Kreishauses verwendet wird. Dieses wurde bereits im Rahmen der Planung der ursprünglichen Straßenverlegung festgelegt und war Bestandteil der abgestimmten Planungen. Konkrete Vorgaben der Stadt Dieburg gab es zum damaligen Zeitpunkt keine. Ergänzend gibt er zu Protokoll, dass das verwendete System gemäß einer vorliegenden Stellungnahme des Fachplaners hinsichtlich Form und Funktion gleichwertig mit den verschiedenen anderen im Stadtgebiet verwendeten Leitsystemen ist. **Landrat Schellhaas** teilt mit, dass der Stadt Dieburg signalisiert wurde, dass dies bei Bedarf auf das heute festgelegte Leitsystem der Stadt umgebaut werden kann.

Landrat Schellhaas berichtet auf weitere Nachfrage, dass noch keine Endabrechnung vorliegt. Er weist in Bezug auf die Kostenteilung auf die mit der Stadt Dieburg getroffene Vereinbarung hin, dass die Stadt sich mit einem Betrag von 50 %, höchstens 150.000,00 €, beteiligt.

Landrat Schellhaas bietet an, dass eine Sitzung des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses in der Kreisklinik in Jugenheim stattfinden kann. **Vorsitzende Streicher-Eickhoff** stellt hierzu das Einvernehmen des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses fest.

Vorsitzende Streicher-Eickhoff weist auf die morgige Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses hin, zu der die Mitglieder des Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschusses eingeladen sind. Weitere Details können der Einladung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses entnommen werden.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen und Anfragen vor.

Vorsitzende Streicher-Eickhoff schließt die Sitzung um 16:50 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 21. September 2016

Marianne Streicher-Eickhoff
Vorsitzende

Johanna Fiskal
Schriftführerin